

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 8 (1967)
Heft: 1

Artikel: Die internationale kommunistische Bewegung
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1077026>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die internationale kommunistische Bewegung

von Laszlo Revesz

Zu den Grundprinzipien der kommunistischen Bewegung gehört der Internationalismus. In der Definition der Grossen Sowjetenzyklopädie stellt er «die internationale Einheit des Proletariats im Kampf zur Liquidierung der kapitalistischen Sklaverei und zum Aufbau des Kommunismus» dar. Laut Lenin muss eine Bewegung zum Sturz des Kapitals schon deshalb international sein, weil auch dieses selbst international ist.

Zweifacher Internationalismus

Der Internationalismus ist in der kommunistischen Terminologie ein Klassenbegriff, wobei grundsätzlich zwischen proletarischem und sozialistischem Internationalismus unterschieden wird. Der erste Begriff bezieht sich auf die gemeinsamen Interessen des Weltproletariats, während der zweite das Verhältnis von Nationen und Völkern innerhalb eines sozialistischen Systems bestimmen soll. Unter proletarischem Internationalismus wird demnach die gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit der internationalen Arbeiterklasse im allgemeinen verstanden, wogegen der spezifischere sozialistische Internationalismus eine doppelte Funktion hat: Er ist erstens die Grundlage der Parteipolitik eines gegebenen sozialistischen Staates mit verschiedenen Nationalitäten und zweitens Grundlage der Parteipolitik im Rahmen des sozialistischen Weltlagers.

Diese Unterscheidung kommt auch im geltenden Programm der KPdSU vom 31. Oktober 1961 zum Ausdruck. Die Zusammenarbeit der KPdSU mit der internationalen revolutionären Arbeiterklasse wird im aussenpolitischen ersten Teil (Kapitel 5: «Die revolutionäre Weltbewegung der Arbeiterklasse») behandelt, der sozialistische Internationalismus dagegen — und zwar sowohl im Rahmen der UdSSR als auch des sozialistischen Lagers — im innenpolitischen 2. Teil (Kapitel 4: «Die Aufgaben der Partei auf dem Gebiet der nationalen Beziehungen» und Kapitel 6: «Der Aufbau des Kommunismus in der UdSSR und die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder»). Eine klarere und offiziellere Abgrenzung der beiden Begriffe liesse sich kaum geben. Zugleich weist sie darauf hin, welches die Einstellung der KPdSU im Jahre 1961 zum Bündnisverhältnis mit den osteuropäischen Partnern war (ein Parteiprogramm von 1967 würde diese Beziehungen wohl kaum dem innenpolitischen Teil zuordnen).

Dem Internationalismus in seinen beiden Formen wird der ebenfalls klassengebundene Begriff des Kosmopolitismus, auch «bürgerlicher Internationalismus» genannt, als feindliche Entpre-

chung entgegengestellt. Pflicht des Kommunisten ist es daher nicht nur, den proletarischen Internationalismus zu fördern (Statut der KPdSU, Artikel 58/h), sondern auch den Kosmopolitismus zu bekämpfen (Programm der KPdSU, Teil 2, Kapitel 5).

Von der ersten Internationale zur Komintern

Der erste Zusammenschluss der Arbeiterbewegung war die 1. Internationale (gegründet 1864), die sich nach der Niederlage der Pariser Kommune auflöste. Die 2. (sozialdemokratische) Internationale bestand von 1889 bis zum Ersten Weltkrieg. Dann gründete Lenin 1919 die 3. (kommunistische) Internationale, die unter dem Namen Komintern zur Weltpartei der Kommunisten wurde. Die zwölfte der 21 Aufnahmebedingungen sah vor, dass die Mitgliedparteien auf Grundlage des «demokratischen Zentralismus» aufgebaut werden mussten. Die einzelnen nationalen Parteien bildeten «Sektionen der Komintern» (Artikel 3 des Statuts). Der politische Verkehr unter ihnen hatte durch das Komintern-Exekutivkomitee in Moskau geführt zu werden. Ausnahmen waren für dringende Fälle gestattet, doch musste gleichzeitig dem Exekutivkomitee davon Mitteilung gemacht werden (Statut, Artikel 13). Zwischen zwei Weltkongressen übernahm das Exekutivkomitee ihre Funktionen; ihm stand sogar das Recht zu, den Ausschluss von Gruppen und Parteien aus den nationalen (!) Sektionen zu verlangen (Artikel 9). Das Exekutivkomitee löste 1938 sogar die ganze KP Polens wegen «nationalistischer Abweichung» auf. Ein Berufungsrecht war zwar auf den statutengemäss jährlich einzuberufenden Kongressen gewährleistet (Artikel 4), doch wurden nach 1935 keine Kongresse mehr einberufen, weshalb die Beschlüsse des Exekutivkomitees unanfechtbar blieben.

Die Kominform und nachher

1943 beschloss das 12köpfige Präsidium des Exekutivkomitees die Auflösung der Komintern, wonach es bis 1947 kein offizielles Zentrum der Bewegung gab. Ende September 1947 wurde das Kommunistische Informationsbüro (Kominform) gegründet, dem die regierenden KP's, ferner die kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs angehörten. Es wurde von Moskau aus direkt dirigiert. Die Mitglieder wurden insgesamt zweimal zusammengerufen: einmal zur Gründungsversammlung und dann 1948 zum Ausschluss der jugoslawischen KP. 1956 wurde

auch dieses Zentrum aufgehoben, und seitdem bilden die sporadisch einberufenen Weltkonferenzen das einzige gemeinsame Forum der internationalen Bewegung. Bisher gab es zwei solcher Treffen, die beide in Moskau abgehalten wurden: 1957 mit 12 Parteien, 1960 mit 81 Parteien. (Gegenwärtig ist die UdSSR am Zustandekommen einer dritten Konferenz interessiert.)

Die Erklärung der letzten Moskauer Konferenz von 1960 zeigt einerseits schon die Änderungen in der kommunistischen Weltbewegung, da den einzelnen nationalen Parteien eine eigene Taktik und Strategie für innenpolitische Fragen zugestanden ist (Kapitel 2), anerkennt andererseits aber weiterhin die führende Rolle der KPdSU (Kapitel 6).

Führung durch die KPdSU heute?

Mit der Zeit würde die Frage der Führung durch die KPdSU immer komplizierter und umstrittener. Die ersten ernsthaften Kritiken an der sowjetischen Parteiführung wurden 1962 anlässlich der Parteikongresse in den osteuropäischen KP's ausgeübt. Am ungarischen Parteitag vom Herbst 1962 erklärte der chinesische Vertreter: «Keine Partei darf einer andern ihren Willen aufdrängen.»

Angesichts der internationalen Lage hatten die osteuropäischen kommunistischen Parteien noch 1962/63 in ihren Parteistatuten die Führung der KPdSU in der Weltbewegung ausdrücklich bejaht, während das neue sowjetische Parteistatut selbst die KPdSU nur als einen «Bestandteil der internationalen kommunistischen Bewegung» bezeichnet (Einleitung). Indessen mehrten sich in der Folgezeit die zentrifugalen Tendenzen in Osteuropa, und das «konsultative Treffen» von 18 Parteien stellte im März 1965 grundsätzlich die «Selbständigkeit und Gleichheit aller Bruderparteien» fest.

Rumänien und seine Jünger

Von besonderem Gewicht ist die «Erklärung zum Standpunkt der Rumänischen Arbeiterpartei in den Fragen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung» vom April 1964 (Neuer Weg, Bukarest, 26. April 1964). Hier wurde unter anderem betont:

«Es gibt nicht und es darf auch nicht eine Partei geben, die ‚Vater‘ und eine andere, die ‚Sohn‘ ist, keine höhere und keine ‚untergeordnete‘ Partei... Keine Partei besitzt eine Vorrechtsstellung... Keine Partei kann ihre Linie und ihre Ansichten anderen Parteien aufzwingen... Keiner einzigen Partei ist es gestattet, über die Partei-

Die marxistisch-leninistischen Parteien der Welt

Partei	Gründungs- jahr	Mitglieder- zahl	Bevölkerung des Landes	Anmerkung	Partei	Gründungs- jahr	Mitglieder- zahl	Bevölkerung des Landes	Anmerkung
KPdSU	1903	12 471 079 ¹	231 869 000		KP Neuseelands	1921	—	2 950 000 (1964)	
Albanische Partei der Arbeit	1941	53 600 (Febr. 1961)	1 841 000		KP Norwegens	1923	—	3 720 000 (1965)	
KP Argentiniens	1918	132 000 (1965)	22 100 000 (1964)	1963–1965 wurden 52 000 Mitglieder aufgenommen	KP Pakistans	1948	—	101 500 000	Aus der KP Indiens, seit 1945 illegal
KP von Basutoland	1962	—	733 000 (1964)		KP von Paraguay	1933	—	1 950 000	Illegal
KP Bulgariens	1919	550 000 ² (1964)	9 163 000 (1964)		Volkspartei von Panama	1943	—	1 210 000	Aus der KP
KP Belgiens	1921	13 000 ³ (1961)	9 300 000	Von der «chinesischen» Gruppe keine Erwähnung Seit 1948 illegal	KP von Peru	1928	—	11 500 000 (1965)	
KP von Burma	1938	—	24 200 000		Polnische Vereinigte Arbeiterpartei	1948	1 870 000 ⁸ (1966)	31 300 000 (1964)	1918–1938: KP Polens, 1938–1948: Polnische Arbeiterpartei
KP Boliviens	1950	—	4 140 000		KP Portugals	1921	—	9 100 000	Seit 1926 illegal
KP Brasiliens	1922	—	79 400 000	Seit 1964 «praktisch illegal»	KP von Réunion (franz. Insel östlich von Madagaskar)	1959	—	375 000	
KP Grossbritanniens	1920	34 000	53 700 000 (1964)		KP Rumäniens	1921	1 450 000 (1965)	19 000 000 (1965)	Bis Februar 1948: KPR, 1948–1965: Rumänische Arbeiterpartei
Ungarische Soz. Arbeiterpartei	1956	530 000 ⁴ (1964)	10 100 000 (1964)	1919–1948: KPU, 1948– 1956: Partei Ung. Werkstätiger	KP von Salvador	1930	—	2 820 000	
KP Venezuelas	1957	35 300 ⁵ (1961)	8 400 000 (1964)	Seit 1963 illegal	KP von San Marino	1921	—	16 000	
Partei der Werkstätigen Vietnams	1961	540 000 (1962)	17 000 000 (1963)	Aus der KP Indochinas, gegründet 1930	KP Syriens	—	—	5 100 000	Illegal, aber bezeichnet als die «größte Partei» Syriens
Partei der Volksein- heit von Haiti	—	—	4 550 000	Aus der KP von Haiti, illegal	KP der USA	1919	10 000 ⁹ (1961)	193 000 000 (1963)	
KP von Guadelupe	1958	—	297 000 (1964)		KP vom Sudan	1946	—	12 600 000	
Soz. Einheitspartei Deutschlands	1964	1 700 000 ⁶ (1966)	17 200 000 (1963)		KP Thailands	1942	—	29 000 000 (1963)	Illegal
KP von Honduras	1954	—	2 100 000	Illegal	KP Tunesiens	1920	—	4 250 000 (1963)	Bis 1934: territoriale Or- ganisation der Franzö- sischen KP, seit 1963 illegal
KP Griechenlands	1918	—	8 500 000	Seit 1948 illegal	KP der Türkei	1920	—	30 000 000 (1964)	Seit 1923 illegal
KP Dänemarks	1919	—	4 800 000 (1964)		KP Deutschlands	1918	100 000 (1956)	56 600 000	Nur Bundesrepublik, Seit 1956 illegal
Volkssozialistische Partei der Republik Dominique	1942	—	3 500 000 (1964)	Entstand aus kommunistischen Gruppen	KP von den Philippinen	1930	—	29 000 000 (1963)	Seit 1948 illegal
KP von Israel	1948	3 000	2 300 000		KP Finnlands	1918	50 000	4 600 000 (1965)	
KP Indiens +	1925	133 000			KP Frankreichs	1920	420 000 (1964)	48 500 000 (1962)	
KP Indiens chinesi- scher Richtung	1964	40 000	440 000 000 (1964)		KP Ceylons	1943	—	10 600 000 (1963)	Seit 1964 Spaltung
KP Indonesiens	1920	3 000 000 (1965)	104 000 000 (1964)	Plus 2 000 000 Mitglieder im Kommunistischen Jugendbund	KP der Tschechoslo- wakei	1921	1 698 002 ¹⁰ (1962)	14 100 000 (1964)	Davon: KP der Slowakei: 296 000
KP Jordaniens	1951	—	1 900 000 (1964)	Illegal	KP von Chile	1921	23 000 ¹¹	8 400 000 (1964)	Im Parlament 23 Mandate
KP vom Irak	—	—	7 000 000 (1962)	Seit 1962 illegal	Schweiz. Partei der Arbeit	1944	3500–4000 ¹² (1961)	6 000 000	KP der Schweiz, gegrün- det 1921; 1944: Zusam- menschluss mit den Linksozialisten
KP Spaniens	1920	—	31 500 000 (1964)	Illegal	KP Schwedens	1917	—	7 700 000 (1965)	
KP Italiens	1921	1 712 000 (1965)	52 600 000	Komm. Jugendbund: 172 000 Mitglieder	KP von Ecuador	1928	—	5 004 000 (1965)	
KP Kanadas	1922	—	19 400 000 (1965)	1943–1959: Fortschrittll. Arbeiterpartei	Bund der Kommu- nisten Jugoslawiens	1919	1 032 000 (1965)	19 400 000 (1965)	Bis 1952: KP Jugoslawiens
Progress. Partei der Werkstätigen von Cypern	1941	—	590 000 (1963)	Früher KP von Cypern	Südafrikanische KP	1960	—	17 100 000 (1963)	Gegründet 1921; 1950: Selbstauflösung. Illegal
KP Chinas	1921	18 000 000 (1963)	650 000 000 (1957)		KP Japans	1922	100 000 ¹³	97 100 000 (1964)	Bis 1945 illegal
KP Kolumbiens	1930	10 000 ⁷ (1961)	16 500 000 (1963)		Gegenpartei: KPJ	1964	—	—	
Partei der Arbeit von Korea	1945	1 311 000 (1961)	11 500 000 (1963)	Bis 1946: KP Koreas	KP Australiens	1920	—	11 200 000 (1965)	
Nationale Avantgarde von Costa Rica	1943	—	1 400 000 (1964)	Aus der KP, seit 1945, illegal	KP Österreichs	1918	—	7 200 000 (1964)	
Einheitl. Partei der soz. Revolution Kubas	1964	36 537 (1964)	7 300 000 (1964)	Aus 3 Parteien, 4505 Grundorganisationen	Volkspartei Irans	—	—	21 000 000 (1963)	Seit 1949 illegal
KP Libanons	1944	—	2 300 000 (1963)	Seit 1947 illegal	Einheitliche Sozia- listische Partei Islands	1938	—	189 000 (1961)	Entstand aus dem Zusam- menschluss der KPI (gegr. 1930) und dem linken Flügel der SDP
KP Luxemburgs	1921	—	329 000		Partei der Arbeit von Guatemala	1949	—	4 300 000 (1964)	Illegal
Malaiische KP	1930	—	10 500 000	Seit 1948 illegal	Nordirländische KP	—	—	—	Vgl. Prawda: 2. 12. 1960
KP Marokkos	1943	—	13 000 000	Seit 1960 illegal	Irländische Arbeiter- partei	—	—	—	Bis 1962: Arbeiterliga
KP von Martinique	1957	—	320 000		KP von Algerien	—	—	—	Vgl. Prawda, 1. 4. 66, Illegal
KP von Mexiko	1919	—	39 600 000		SED von Berlin (West)	—	—	—	Aus politischem Gesichts- punkt als unabhängig angeführt
Mongolische revolu- tionäre Volkspartei	1921	45 000 (1964)	1 050 000 (1964)		KP von Uruguay	1920	100 000 ¹⁴ (1963)	—	Davon sind 55% Arbeiter
KP von Nepal	1949	—	19 400 000 (1961)						
KP der Niederlande	1918	—	12 200 000 (1965)						
Sozialistische Partei Nicaraguas	1944	—	1 530 000 (1963)	Entstand aus der KP					

Anmerkungen

Wo nichts anderes angeführt ist, sind die Angaben dem Jahrbuch (Jeschegodnik) 1965 zur Grossen Sowjetenzyklopädie entnommen.

¹ Prawda, 1. 4. 1966, S. 6.

² Im November 1966: 611 179 Mitglieder; Referat Schiwkoffs am Bulgarischen Parteikongress, November, 1966.

³ Polititscheskoje samoobrasowanje, Nr. 6/1963, S. 124-131; Artikel von M. Manasow.

⁴ Im November 1966: 584 849 Mitglieder; Referat Kadars am ungarischen Parteikongress, November 1966.

⁵ Manasow, a. a. O.

⁶ Junge Welt, Ost-Berlin, 13. 10. 1966, S. 4.

⁷ Manasow, a. a. O.

⁸ Trybuna Ludu, Warschau, 29. 10. 1966. Es wird jedoch betont, dass in dieser Zahl die Parteimitglieder in Armee und Auslandsdienst nicht berücksichtigt sind. Mit ihnen beläuft sich die Mitgliederzahl auf über 1 900 000.

⁹ Manasow, a. a. O.

¹⁰ Rude Pravo, Prag, 12. 7. 1966, S. 3.

¹¹ Manasow, a. a. O. Als Gründungsjahr wird 1922 angeführt.

¹² Sowjetskaja Rossija, Moskau, 17. 10. 1964, S. 4.

¹³ Am Parteikongress 1966 wurde von 300 000 Mitgliedern gesprochen.

¹⁴ Manasow, a. a. O.

führung des einen oder anderen Landes hinwegzugehen, und um so weniger ist es gestattet, zur Beseitigung, zur Abänderung der Führung einer Partei aufzurufen...»

Das rumänische Beispiel machte Schule. So sagte etwa Zenon Kliszko vor dem ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (= KP) über das Konsultativtreffen von 1965 folgendes:

«Unter den heutigen Bedingungen, unter welchen es keine einheitliche Organisation der kommunistischen Bewegung mit einem internationalen zentralen Leitungsorgan gibt und geben kann, können allein die von Zeit zu Zeit einberufenen Konferenzen aller Parteien das kompetente Forum zur Lösung gemeinsamer Fragen für die ganze Bewegung und zur Vereinbarung der Strategie im Kampf gegen den Imperialismus bilden.» (Trybuna Ludu, Warschau, 16. März 1965.) Die Forderung, dass die Teilnahme aller Parteien Bedingung zur Abhaltung einer Weltkonferenz sein müsse, hat wohl auch zum Misserfolg der wiederholten sowjetischen Anstrengungen geführt, ein neues Welttreffen einzuberufen.

Vermehrter Regionalismus

Anstelle der Weltkonferenzen treten regionale Parteikonferenzen stärker in den Vordergrund, deren Standpunkte sich nicht immer mit denjenigen Moskaus decken. So wurden organisiert: die Treffen der lateinamerikanischen KP-Vertreter in Havanna (November 1964), der westeuropäischen in Brüssel (Juni 1965) und Wien (Mai 1966), der Vertreter der «Kommunisten der arabischen Länder» (Moskau 1964) usw.

Im Herbst 1966 wandte sich Dr. Mose Sne, Politbüromitglied der israelischen KP und Chefredaktor des Parteiorgans «Kol Haam» direkt gegen die UdSSR und die KPdSU, als er erklärte, die KP Israels heisse die Haltung der UdSSR im Uno-Sicherheitsrat nicht gut: «Die Stimmabgabe der sowjetischen Delegierten gehört nicht zur Kategorie jener Angelegenheiten, über welche unter den KP's beziehungsweise in der internationalen kommunistischen Bewegung vorherige Vereinbarungen getroffen wurden. Die KP Israels ist also bezüglich dieser Stimmabgabe nicht zur Solidarität verpflichtet und lehnt auch jede diesbezügliche Verantwortung ab.»

Angesichts dieser Entwicklung kann die KPdSU kaum etwas anderes tun, als die Tendenz zu vermehrter Selbständigkeit zur Kenntnis zu nehmen. Freilich versucht sie noch immer, die einzelnen KP's als «nationale Abteilungen» der einheitlichen kommunistischen Bewegung darzustellen (Prawda, 28. November 1965). Sonst aber wacht Moskau darüber, selbst keinen Führungsanspruch zu verkünden, wenn es ihn auch recht gerne von dritter Seite beschneigen lässt. Diese Rollenaufteilung wird noch durch einige Satellitenparteien ermöglicht. So erklärte Kadar, der

ungarische Parteichef, am 23. Moskauer Parteikongress: «Die ungarischen Kommunisten beharren auf dem Standpunkt: Prüfstein des Internationalismus war und bleibt das prinzipielle, kameradschaftliche Verhältnis zur UdSSR» (Iswestija, 2. April 1966). Ähnliche Feststellungen sind zuweilen auch von nichtregierenden KP's zu vernehmen. So das Exekutivkomitee der KP Argentinien (laut Neues Deutschland, Ost-Berlin, 25. Oktober 1966): «Wie bisher betrachtet unsere Partei auch heute die Haltung zur UdSSR... und zur KPdSU als Prüfstein der proletarischen Internationalisten.»

Sowjetischerseits hat wohl Breschnew vor dem 23. Parteikongress öffentlich den Verzicht auf eine Hegemonie bekanntgegeben, doch scheinen die Worte des rumänischen Parteichefs Ceausescu vor dem Bukarester ZK-Plenum vom 12. Oktober 1966 auf eine andere Praxis hinzuweisen. Man habe immer noch nicht auf die alten Praktiken verzichtet, führte er aus, Standpunkte von aussen aufzunötigen und sich in die inneren Angelegenheiten anderer Parteien einzumischen (Neuer Weg, 16. Oktober 1966).

Die Stärke der Bewegung

Heute ist man über die Stärke der kommunistischen Weltbewegung nicht ganz im klaren. Das Jahrbuch («Jeschegodnik») zur Grossen Sowjetenzyklopädie 1965 zählt 84 kommunistische Parteien auf, andere östliche Quellen sprechen von 88, einige sogar von über 90 Parteien.

In der jüngsten diesbezüglichen Quelle (Polititscheskoje samoobrasowanije», Moskau, Nr. 12/1966) führt R. Wid die Zahlen der kommunistischen Parteien mit 88 an, wovon 28 im Laufe des letzten Jahrhunderts entstanden seien, davon 26 in den Entwicklungsländern. Die KP sei in «beinahe 40 Ländern» verboten.

Welche KP's sind illegal?

Damit wird auch die Frage der illegalen kommunistischen Parteien angeschnitten. Wenn wir für 1965 die Zahl von 85 KP's als nachweisbar annehmen, so entspricht für diese Zeit die Anzahl von 28 illegalen KP's einem Prozentsatz von 31,76. Dazu kommt mit Sicherheit seit 1966 noch die KP Indonesiens. Eine offizielle vollständige Aufzählung der illegalen Parteiorganisationen kann es schon deshalb nicht geben, weil sie häufig in Ländern (namentlich Entwicklungsländern) bestehen, mit denen die UdSSR die besten zwischenstaatlichen Beziehungen aufrechterhält. Die sowjetische Aussenpolitik verhält sich in diesen Fällen meistens so, dass die Partei die betreffende Untergrundbewegung unterstützt, der Staat sich aber an den Grundsatz der Nichteinmischung

hält. Diese Doppelspurigkeit ist etwa anlässlich des 23. KPdSU-Kongress ersichtlich geworden, als die offizielle Delegation der algerischen Einheitspartei unter Protest abreiste, nachdem sie die Anwesenheit einer andern, spezifisch kommunistischen, algerischen Vertretung festgestellt hatte.

Die dissidenten Parteien

Ein weiteres Problem stellen jene Länder dar, in denen mehrere rivalisierende KP's bestehen. Den «chinesischen Konkurrenzgründungen» wird von Moskau aus der Charakter kommunistischer Parteien aberkannt. Formell lässt sich das dadurch rechtfertigen, dass diese Gruppen meist von den traditionellen Parteien der betreffenden Staaten ausgeschlossen wurden. Zudem ist es heute auch faktisch so, dass diesen rivalisierenden Organisationen wenig zahlenmässiges Gewicht zufällt. Ihre Stärke liegt in ihrer mehr oder weniger ausgesprochenen Fähigkeit, die etablierte KP zu stören, nicht aber in ihrer numerischen Gefolgschaft (Ausnahmen, wie im Falle Belgiens bestätigen diese Regel). Eine Untersuchung, die sich vorwiegend auf sowjetische Darstellungen stützt, verfälscht also in dieser Hinsicht das Bild nicht allzu sehr.

Eine noch grössere Unsicherheit als in bezug auf die Zahl der Parteien herrscht in der offiziellen Literatur in bezug auf Zahl der Kommunisten in der Welt. Man kann jedoch annehmen, dass die kommunistischen Parteien aller Färbungen rund 47 Millionen Mitglieder aufweisen, die illegalen miteingerechnet.

Gegenläufige Tendenzen

Ein Charakterzug für die Bewegung in der nicht-kommunistischen Welt ist der Rückgang der Mitgliederzahl bei gleichzeitig zunehmendem politischem Einfluss. Die zahlenmässige Entwicklung einiger der wichtigsten Parteien ist hier aufschlussreich. Die italienische KP ging in ihrem Mitgliederbestand zwischen 1953 und 1966 von 2,1 Millionen auf 1,6 Millionen zurück, die französische KP zwischen 1950 und 1964 von 800 000 auf 420 000, die indische zwischen 1961 und 1966 von 300 000 auf 173 000 (beide Flügel inbegriffen). Dass die absolute Zahl an Kommunisten in der Welt dennoch zugenommen hat, ist darauf zurückzuführen, dass die regierenden KP's von der Vorhut allmählich zur Massenpartei werden. Der Prozentsatz der Parteimitglieder im Verhältnis zur Bevölkerung beträgt in der UdSSR 5,37, in Albanien 2,91, in Bulgarien 6,73, in Ungarn 5,24, in Nordvietnam 3,17, in Ostdeutschland 9,88, in China 2,76, in Kuba 0,50, in der Mongolei 4,28, in Nordkorea 11,40, in Polen 5,86, in der CSSR 12,04, in Jugoslawien 5,31.

Die kommunistischen Staatsparteien

Es gibt ihrer heute 12: in Albanien, Bulgarien, Ungarn, Nordvietnam, SBZ Deutschlands, China, Nordkorea, Kuba, Mongolei, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien und Sowjetunion, wobei Aufbau, soziale Struktur und Funktionen mehr oder weniger gleich sind. Eine gewisse Ausnahme bilden der Bund der Kommunisten Jugoslawiens — Rechtsabweichung (Revisionisten) — und die KP Chinas — Linksabweichung (Dogmatiker).

Im Sinne der Ideologie, der eigenen Parteidefinition sollten diese Parteien eine Vorhut der Arbeiterklasse (bzw. des gesamten Volkes in der UdSSR) sein, in der Wirklichkeit sind sie jedoch auf dem Wege, Massenparteien zu werden (vergleiche «Die internationale kommunistische Bewegung»). Andererseits sollten diese Parteien einen gewissen Arbeitercharakter haben, da sie ja — mit der Ausnahme der KPdSU seit 1961 — Vorhut der Arbeiterklasse sind, und selbst in der KPdSU sollte weiterhin die Arbeiterklasse die führende Rolle innehaben. In der Wirklichkeit bestehen diese Parteien in Organisationen, die den Willen der Arbeiterklasse ausdrücken und im Namen dieser Klasse regieren sollten, selber aber hauptsächlich aus Bürokraten.

Die KPdSU verlor nach 1939 plötzlich ihren Arbeitercharakter, da die Begünstigungen bei der Aufnahme in diesem Jahr aufgehoben wurden. Folgende Aufstellung zeigt die Entwicklung der sozialen Struktur der KPdSU (in Prozenten), wobei in der ersten Kolonne die Arbeiter, in der zweiten die Bauern und in der dritten die Angestellten (Funktionäre) angeführt sind:

1918	—	6,42	13,84
1922	44,4	—	—
1927	55,7	—	—
1930	—	15,65	—
1931	66,0	23,0	11,0
1934	—	28,3	—
1938	64,3	—	—
1942	39,2	19,8	41,0
1943	37,7	17,2	45,1
1944	36,6	17,2	46,1
1945	35,6	17,7	46,7
1956	32,0	17,1	50,9
1961	34,5	17,5	48,0
1966	37,8	16,1	46,0

Zur Orientierung und zum Vergleich die soziale Zusammensetzung der Sowjetbevölkerung laut letzter Volkszählung 1959: Arbeiterklasse 48,2 Prozent; Kolchosbauern, Gewerbetreibende in Gewerbetreibendenschaften 31,4 Prozent; Angestellte und Intellektuelle 20,1 Prozent; Einzelbauern und private Gewerbetreibende (bis 1965 völlig verschwunden) 0,3 Prozent.

Wenn man die offizielle Statistik zur Grundlage nimmt, so fällt das prozentuale Verhältnis für die Arbeiter noch ungünstiger aus. Ende 1964 belief sich die Zahl der Arbeiter und Angestellten auf 73 258 000. Darin waren die Arbeiter mit 77 Prozent, das heisst mit 56 408 600 Personen, und die Angestellten mit 23 Prozent, das heisst mit 16 849 340 Personen vertreten. Während die Zahl der Angestellten-Funktionäre in der Partei 5 735 696 ausmacht, beträgt diese Zahl bei den Arbeitern nur 4 714 038 (1966). 34,04 Prozent aller Angestellten und Funktionäre

sind also Parteimitglieder, aber nur 8,35 Prozent der Arbeiter gehören der KPdSU an. Während also jeder dritte Angestellte-Funktionär in der Partei ist, entfällt bei den Arbeitern auf 12 Personen ein Parteimitglied.

Während der letzten Jahre wurde eine Kampagne durchgeführt, um die soziale Zusammensetzung der Parteimitgliedschaft zu «verbessern», das heisst den Anteil der Arbeiter zu erhöhen. Aus den in die Partei aufgenommenen Arbeitern und Bauern werden aber nach zwei bis drei Jahren schon Funktionäre, und deshalb wird letzten Endes der Charakter der Partei keiner wesentlichen Änderung unterzogen werden können.

Noch «schlechter» gestaltet sich die soziale Zusammensetzung in den führenden Parteiorganen. Die Bezirks- und Stadtkomitees der Partei hatten im Sommer 1960 285 000, die Grenzgebets- und Gebietskomitees sowie die Zentralkomitees der Unionsrepubliken 20 000 Mitglieder (auch die Kandidaten inbegriffen). Davon stellten die Arbeiter und Bauern insgesamt 36,7 Prozent. Die Betriebsdirektoren und Kolchospräsidenten waren aber mit 11 Prozent vertreten.

Auch die Zusammensetzung der Angestellten-Funktionäre in der Partei ergibt ein lehrreiches Bild. 1962 gab es ihrer 4 748 000 und 1965 5 408 757. Folgende Aufstellung zeigt die Vertretung der einzelnen Berufe am 1. Januar 1962 und am 1. Januar 1965:

Alle Angestellten-Funktionäre der Partei: 4 747 712 (100 Prozent); 5 408 767 (100 Prozent). Davon Betriebs- und Bürodirektoren, Abteilungsleiter: 474 771 (10 Prozent); 421 962 (7,8 Prozent).

Ingenieure, Techniker, Agrarspezialisten: 1 338 265 (28,2 Prozent); 1 757 847 (32,5 Prozent).

Wissenschaftler, Literaten, Künstler, Lehrer, Angestellte des Gesundheitsdienstes: 1 025 506 (21,6 Prozent); 1 260 240 (23,3 Prozent).

Angestellte des Handels, der öffentlichen Verpflegung: 232 688 (4,9 Prozent); 313 708 (5,8 Prozent).

Angestellte des Kontrollapparates, der Buchhaltung, Kanzleien: 1 115 713 (23,5 Prozent); 1 070 934 (19,8 Prozent).

Uebrigere Parteifunktionäre: 560 231 (11,8 Prozent); 584 146 (10,8 Prozent).

Aehnliche Entwicklungstendenzen sind auch in den volksdemokratischen Parteien zu beobachten. Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei z. B. wies 1963 bei einem Mitgliederbestand von 1 485 005 folgende prozentuale Aufteilung auf (in Klammern Prozentsätze des Jahres 1958): Arbeiter 39,89 (41,74), Bauern 10,62 (12,21), Geistesarbeiter 44,24 (42,14), «bürgerliche Elemente» 5,25 (3,91).

Im Jahre 1963 arbeiteten also 44,24 Prozent der Parteimitglieder als Geistesarbeiter. Demgegenüber gestaltete sich allerdings der Bildungsstand der Parteimitglieder wie folgt: Hochschulbildung 6,2 Prozent (1958 = 4,2), Mittelschulbildung 22 Prozent (19), Grundschulbildung 51,7 Prozent (44,8), ohne Grundschulbildung 20,1 Prozent (31,5).

(Fortsetzung folgt)

Die KPdSU im Jahre 1966

Unionsrepubliken	Bevölkerungszahl	% zur Bevölkerung der UdSSR	Anzahl der Parteimitglieder	% zur Bevölkerung der Republik	% zur Mitgliederzahl der UdSSR	Quelle
Litauen.....	2 986 000	1,29	93 967	3,14	0,75	Sowjetskaja Litwa 4. März 1966
Lettland	2 263 000	0,98	102 800	4,54	0,82	Sowjetskaja Latvija 3. März 1966
Kirgisien	2 652 000	1,14	91 670	3,45	0,73	Sowjetskaja Kirgisija 4. März 1966
Armenien	2 194 000	0,95	110 357	5,02	0,88	Kommunist, Jerewan 4. März 1966
Aserbajdschan....	1 660 000	2,01	211 960	4,54	1,69	Bakinskij rabotschi 28. Februar 1966
Moldau	3 368 000	1,45	94 574	2,80	0,76	Sowjetskaja Moldawija 2. März 1966
Estland	1 285 000	0,54	60 000	4,66	0,48	Sowjetskaja Estonija 2. März 1966
Georgien	4 548 000	1,96	259 975	5,71	2,08	Sarja Wostoka 3. März 1966
Kasachstan	12 129 000	5,23	466 280	3,84	3,73	Kasachstanskaja Prawda 11. März 1966
Turkmenistan	1 914 000	0,83	61 265	3,20	0,49	Turkmenskaja iskra 26. Februar 1966
Usbekistan	10 581 000	4,56	342 889	3,24	2,74	Prawda Wostoka 4. März 1966
Tadschikistan	2 579 000	1,12	73 283	2,84	0,58	Kommunist Tadschikistana 3. März 1966
Weissrussland	8 633 000	3,72	343 000	3,97	2,75	Sowjetskaja Bjeloruszija 4. März 1966
Ukraine	45 516 000	19,63	2 122 816	4,66	17,02	Kommunist Ukrainy 16. März 1966
RSFSR.....	126 561 000	54,59	8 036 237	6,34	64,50	
UdSSR	231 869 000	100,00	12 471 079	5,37	100,00	Prawda 1. April 1966

Quelle zu den Bevölkerungsangaben: «SSSR w sifrach w 1965 godu», Moskau 1966, S. 8.